

Pressemitteilung vom 10.02.2011

JVA: Grüne treten Kritik entgegen

Mit Verständnis setzen sich die Oberhausener Grünen mit den Reaktionen der Bürgerinitiative und Ihrer Sprecherin, Frau Carolin Buttke, auf die Ratssitzung auseinander. „Niemand in Oberhausen ist glücklich über die Entscheidung der Landesregierung, die Unterbringung von Personen nach dem ThUG in Oberhausen zu verfügen“, so Kreisverbandssprecher Andreas Blanke. „Bedauernd mussten wir jedoch die Vielzahl von Argumenten zur Kenntnis nehmen, die letztlich zur Auswahl des Standortes JVA geführt haben. Wir haben diese Argumente kritisch hinterfragt und sind bei der Abwägung zu dem Ergebnis gekommen, dass es besser ist, für eine Übergangszeit Räume an einem nicht gut geeigneten Standort zu akzeptieren als für die Allgemeinheit gefährlichen Wiederholungstätern freie Bewegungsmöglichkeiten zu gewähren.“

Die Schnelligkeit, mit der die Landesregierung gehandelt und den Standort Oberhausen ausgesucht habe, habe in der Tat zu einer mangelnden BürgerInnenbeteiligung geführt, die zunächst auch von den Grünen vor Ort kritisch gesehen worden sei. „Man sollte jedoch den Gedanken zu Ende führen, welche möglichen Konsequenzen der Verzicht auf schnelles Handeln hätte haben können. Wenn Gerichte eine Freilassung anordnen und ein Täter ein Gewaltverbrechen verübt, weil ihm gelungen ist, sich der Überwachung zu entziehen, wäre der Landesregierung zu Recht vorgeworfen worden, nicht sofort alles Denkbare für die Sicherheit der Bevölkerung getan zu haben,“ ergänzt Steffi Opitz, sozialpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion. „In dieser Abwägung haben wir Grüne uns entschieden, aus Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit - zeitlich begrenzt und unter Einhaltung fest verabredeter Regeln - die Unterbringung von Straftätern in Oberhausen zu akzeptieren.“

Bei dem Vorwurf, die Oberhausener Grünen stellten sich aus parteipolitischen Motiven schützend vor die Grüne Landesministerin Barbara Steffens, sehen die Grünen wenig Chancen, diesen Vorwurf glaubwürdig zu widerlegen. „Wie sollen wir nachweisen, dass wir uns den inhaltlichen Argumenten nicht verschlossen haben, wenn uns einfach unterstellt wird, wir hätten gegen besseren Wissen auf einen stärkeren Widerstand verzichtet“ so Andreas Blanke, und Steffi Opitz ergänzt: „Es ist verständlich, dass die besorgten Mitglieder der Bürgerinitiative die Zusagen der Ministerin zur zeitlichen Begrenzung, Erhöhung der Sicherheit durch Umbau und Ausschluss von Freigängen misstrauen. Politik muss verlässlich sein und ich bin sicher, dass die von der Landesregierung gemachten Zusagen, Oberhausen als Übergangslösung einzurichten, eingehalten werden. Hierfür haben wir das Wort der Ministerin und der Landesregierung. Diese politische Zusage ist in unseren Augen gewichtiger als ein möglicher Vertrag, dessen Bestandteile im Zweifel immer leichter hinterfragt und uminterpretiert werden können als die politische Zusage einer zeitlich begrenzten Lösung.“

Pressemitteilung vom 17.01.2001

JVA: Grüne für Sachlichkeit

Viele Oberhausenerinnen und Oberhausener hätten wohl gar nicht gewusst, dass Oberhausen zwischen Finanzamt und Amtsgericht eine Justizvollzugsanstalt hat", vermutet der Fraktionssprecher der GRÜNEN, Volker Wilke. In Oberhausen gibt es ebenso wie in Aachen, Wuppertal, Moers, Duisburg, Bochum u.s.w. eine der 36 Vollzugsanstalten des Landes. "In den gut zwanzig Jahren des Bestehens kam es zu keinem Ausbruch, obwohl nicht nur "leichte Jungs" einsaßen", sagt Wilke. "Mit der Verabschiedung des Therapieunterbringungsgesetzes vor knapp vier Wochen am 22. Dezember 2010 war die Landesregierung eiligst gefordert, die Sicherheitsverwahrung zu gewährleisten. Nach Prüfung diverser Standorte soll Übergangsweise nun die "ehemalige JVA" in Oberhausen dazu dienen. Die Unterbringung richtet sich insbesondere gegen mögliche Wiederholungstäter. Straffällige, die ihre Strafe in der Regel abgesessen haben. Die Unterbringung dient dem Schutz der Allgemeinheit. Unstrittig hat dabei die Sicherheit der Oberhausener Bürger höchste Priorität. Daneben soll dem Verwahrten geholfen werden, sich in ein Leben in Freiheit einzugliedern. Diese beiden Punkte gilt es, in Einklang zu bringen. In dieser Frage war es schon immer gut, sachlich zu argumentieren und sich die nötige Besonnenheit zu bewahren. Das persönliche Sicherheitsempfinden ist dabei nicht immer ein guter Ratgeber.

Auf dieser Grundlage wollen die GRÜNEN in Oberhausen die weitere Diskussion begleiten - auch mit der heute gegründeten Bürgerinitiative."